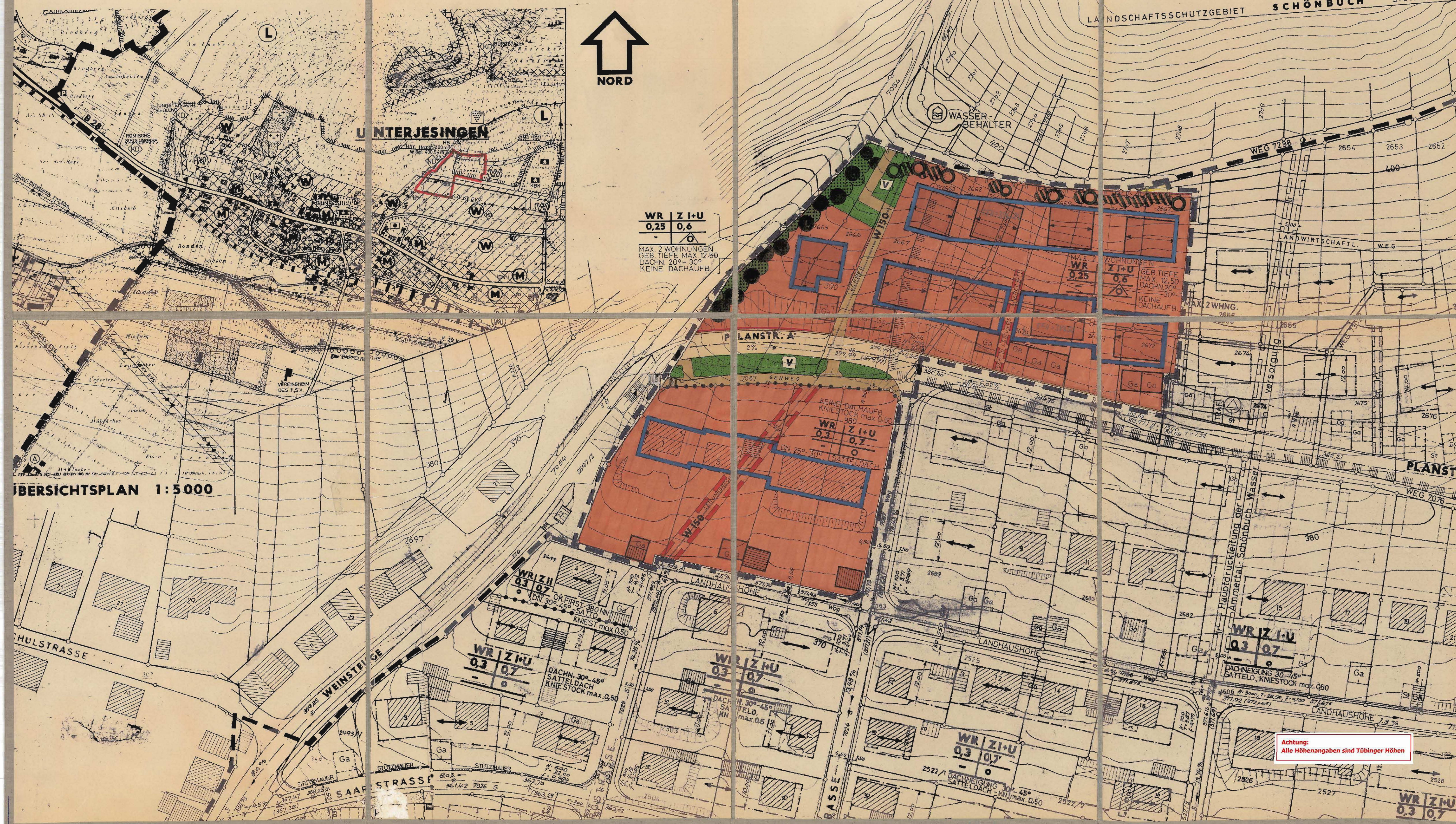


UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN STADTTEIL UNTERJESINGEN

BEBAUUNGSPLAN „HÖLDERLE / MEIERLE“

M A S S T A B 1 : 5 0 0



Textliche Festsetzungen

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

nach § 9 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.6.1976 (BBG1. I. S. 2256, ber. S. 3617) und §§ 1-27 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15.9.1977 (BBG1. I. S. 1763).

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG u. §§ 1-21a BauNVO
siehe Planeintrag (Nutzungsbezeichnung)
In Anwendung von § 4 (4) BauNVO wird festgesetzt, daß im Plangebiet pro Gebäude max. 2 Wohnungen zulässig sind.
Bei der Festsetzung "W", darf dieses zusätzliche Geschoss als anrechenbares Untergeschoss im Sinne von § 2 (6), (8) LBO nur 1,50 m über die festgesetzte, im Mittel gemessene Gebäudehöhe hinausragen.

2. Bauweise

§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG u. §§ 22, 23 BauNVO
a) offene Bauweise
b) offene Bauweise, nur Einzelhäuser zulässig.

3. Stellung der baulichen Anlagen

§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG
Die Stellung der Gebäude ist durch die angegebene First- richtung verbindlich festgelegt.

4. Stellplätze und Garagen

§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG
Garagen außerhalb der Baustreifen sind im Rahmen von § 7 LBO auf dem Baugrundstück zulässig. Die Eintragungen von Stell- plätzen und Garagen in Plan sind als Hinweis zu verstehen.

5. Geh- und Leitungsrechte

§ 9 Abs. 1 Ziff. 21 BBauG
Das ausgewiesene Leitungsrecht dient der Wasserversorgung von Unterjesingen.
Die ausgewiesenen Geh- und Leitungsrechte dienen 1. der Ein- legung von Ver- und Entsorgungsleitungen, 2. dem Zugang der hinterliegenden Grundstücke.

6. Pflanzgebote, Pflanzhaltungsgesetze

§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG
Zur Einbindung der Bebauung an die angrenzende land- wirtschaftliche Zone (Landschaftsschutzgebiet) werden Pflanzgebote festgesetzt.
Zum Erhalt der landschaftlichen Situation (Böschung mit Bepflanzung) werden Gebote zur Pflanzhaltung fest- gesetzt.

B. Bauordnungsrechtliche Gestaltungsregeln

nach § 111 der Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 11.4.1972.

1. Dachneigung

Dachform, Dachneigung und Firstrichtung siehe Planein- trag!
Für die Dachdeckung ist dunkles, nicht glänzendes Material zu verwenden.
Dachaufbauten sind nicht zulässig.

2. Mauerabstände

Als Abgrenzung zum öffentlichen Verkehrsraum sind im gesamten Plangebiet nur Sockelmauern bis 0,30 m Höhe, Holzzaune bis 0,80 m und mit Büschen hinterpflanzte Drahtzaune oder Hecken zulässig.
Stützmauern sind bis zur Höhe des anstehenden, nicht aufgeführten Geländes zulässig.

ZEICHENERKLÄRUNG:

- GRENZE DES GELTUNGSBEREICHES
- REINES WOHNGEbiet
- STRASSENFLÄCHE
GEHWEGFLÄCHE
- V VERKEHRSGRÜNFLÄCHE
- PFLANZGEBOT FÜR BAUM- U. BUSCHGRUPPEN
- GEBOT ZUR ERHALTUNG VON BAUM- UND BUSCHGRUPPEN
- NUR EINZELHÄUSER ZULÄSSIG
- BAUGRENZEN
- GARAGEN
- GRENZE UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
- GRENZE LANDSCHAFTSSCHUTZ
- GEH- UND LEITUNGSRECHT
- FIRSTRICHTUNG
- ZUFAHRTSVERBOT
- BÖSCHUNGEN
- STÜTZMAUER

VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde nach Empfehlungsbefehl des Ortschaf- rates **TÜB-UNTERJESINGEN** am gemäß § 2 Abs.(1) Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.6.1976 (BBG1. S. 2221) vom Ge- meinderat der Universitätsstadt Tübingen am **24.9.1979** beschlossen und am öffentlich bekanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILNUNG

Die Bürgerbeteiligung erfolgte gem. § 5 2a Abs. 1 BBauG am bzw. in der Zeit vom bis zum

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:

Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortschafsrates am **1.10.1979** den Bebauungs- plan als Entwurf und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:

Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung hat vom **5. NOV.** bis **7. DEZ. 1979** in Tübingen und im Stadtteil **UNTERJESINGEN** öffentlich ausliegen.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:

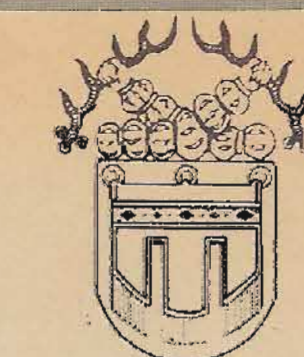
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Universitäts- stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl des Ortschafsrates **10. MARZ 80** als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG:

Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des Reg. Präsi. Tübingen gemäß § 11 BBauG am **4. JULI 1980** mit Erlass Nr. **1052/80** genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wur- de am **17. JULI 1980** gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be- bauungsplan rechtsverbindlich.



UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN
ORTSTEIL UNTERJESINGEN

BEBAUUNGSPLAN
„HÖLDERLE / MEIERLE“

Nr. 4016

TÜBINGEN, DEN 30.8.1979
BÜRGERMEISTERAMT

IV

BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT

STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT

STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

GENEHMIGT MIT VERFÜGUNG
VOM 17.12.1980 NR. 1052/80
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN
TÜBINGEN, DEN 4.7.1981

